

Anhörung der Enquete-Kommission »Demographischer Wandel - Herausforderung an ein zukunftsfähiges Niedersachsen« des Niedersächsischen Landtages

Stellungnahme des Landesjugendring Niedersachsen e.V. zur demographischen Entwicklung in Niedersachsen

Die Gesellschaft, in der wir heute leben, steht vor immensen Veränderungen.

Im Verlauf des fortschreitenden Globalisierungsprozesses wird sich die Welt weiter polarisieren: In den wenigen wirtschaftlich starken Ländern schrumpft die Bevölkerung, während in den vielen wirtschaftlich weniger erfolgreichen Ländern die Bevölkerung zunimmt.

Durch einen zunehmend beschleunigten Kapitalismus in den erfolgreichen Industriestaaten, also auch in Deutschland, wurden und werden Ausbildungsplätze gestrichen und Arbeitsplätze fallen weg oder sie werden in prekäre Arbeitsverhältnisse überführt. Immer mehr der wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung wird in die Verantwortung jedes und jeder Einzelnen übertragen.

Auch die Lebensphase Jugend hat sich aufgrund dieser Unsicherheiten deutlich verändert: Sie ist weniger geradlinig und stattdessen geprägt von Experimenten, Nebenwegen, verschlungenen Pfaden und Sackgassen. Einer großen Zahl von Jugendlichen ist sehr unklar, was passiert, wenn sie erwachsen sind. Viele von ihnen sind resigniert, perspektivlos und orientierungslos; sie wissen nicht, wo ihr Platz in der Gesellschaft sein soll.

Durch die Diskussion um Generationengerechtigkeit und demographische Entwicklung wird die Position der jüngeren Generation zusätzlich unklarer. Dabei wird in alle möglichen Richtungen diskutiert: Die einen sehen die ältere Generation als die „Abzocker“ der jüngeren. Andere sehen die Schwierigkeit eher in der gestiegenen Altersarmut. Allzu oft wird hier die junge gegen die ältere Generation ausgespielt. In vielen Diskussionen bleibt die Gruppe der heute Arbeitenden außen vor, obgleich auf ihnen der heute geltende „Generationenvertrag“ ruht. Sie zahlen im Prinzip für beide Generationen: für die jüngere, die noch keine Steuern und Sozialbeiträge einzahlt, und für die ältere, die beides nicht mehr tut.

Im Folgenden soll der Fokus nicht auf diese arbeitende und zahlende Gruppe gelegt werden, sondern auf die Jüngeren, die heutigen Kinder und Jugendlichen. Da sich Jugendverbände als wichtige Partner und Unterstützer beim gelingenden Aufwachsen von Jugendlichen verstehen, sind sie von den Herausforderungen und Problemlagen der Jugend ebenfalls erheblich betroffen.

Die Jugend ist die Zukunft. Damit die Zukunftschancen Deutschlands aber nicht in dem Maße abnehmen, wie der Anteil junger Menschen, muss es das gesamtgesellschaftliche Ziel sein, die Jugend zu stärken und ihr optimale Startchancen in die Gesellschaft zu bieten. Davon ist leider nicht allzu viel zu merken; im Gegenteil werden politische Schwerpunktsetzungen eher an anderer Stelle gesetzt und die Schäden für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft werden täglich größer.

Der Landesjugendring Niedersachsen beschränkt sich an dieser Stelle auf ausgewählte Aspekte einer jugendgerechten Betrachtungsweise und geht davon aus, dass andere fachlich relevante Gesichtspunkte im Rahmen dieses Anhörungsverfahrens ausreichend zur Geltung kommen.

1. Bildung

Bereits PISA hat es gezeigt: Deutschland hat ein deutliches Defizit in der Bildung seiner jungen Generation. Dies bezieht sich einerseits auf die Wissens-, aber vor allem auf die Kompetenzvermittlung. Wichtig ist, dass Bildung umfassend verstanden wird: Es geht um die Entfaltung von geistigen, seelischen und körperlichen Potenzialen, also um eine ganzheitlich verstandene Bildung.

Insbesondere in den Jugendverbänden erwerben Jugendliche Sozialkompetenzen und lernen, sich in demokratischen Systemen zu bewegen. Dies sind wichtige Qualifikationen für das zukünftige Zusammenleben unserer Gesellschaft. Teamfähigkeit, Problem- und Konfliktlösungspotenziale, Belastbarkeit, Kreativität und partnerschaftliches Verhalten werden vor dem Hintergrund der sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen (Mobilität, lebenslanges Lernen, ...) immer wichtiger und sind darüber hinaus auch ein wirtschaftlicher Standortfaktor.

Zurzeit gibt es eine Gruppe von ca. 20% aller Jugendlichen, die durch das Bildungsnetz zu fallen drohen - sie gelten als Bildungsverlierer und haben unter den jetzigen Bedingungen wenig Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben und ein eigenständiges Einkommen. Die Bewältigung dieser lebenslagenspezifischen Herausforderungen kann nicht alleine von der Jugend(verbands)arbeit geleistet werden.

Aus diesen grundsätzlichen Feststellungen ergeben sich folgende Notwendigkeiten:

- **Bildung muss ganzheitlich verstanden werden: soziale, kulturelle und interkulturelle Kompetenzen müssen gefördert werden.**
- **Bisher chancenarme Jugendliche müssen stärker gefördert werden.**
- **Außerschulische Bildung muss stärker gefördert, deutlich aufgewertet und als wichtiger Bestandteil des Bildungssystems behandelt werden.**
- **Bildung muss frei zugänglich und kostenfrei sein; Studiengebühren und Lernmittelkostenübernahme sind das Gegenteil.**
- **Bei der Einführung von Ganztagschulen muss mit einer konzeptionellen Vorarbeit begonnen werden: kleinere Klassen, zeitgemäße und lebensgerechte Lerninhalte, eine echte, gleichberechtigte Partnerschaft der Schulen mit außerschulischen Trägern, stärkere Mitbestimmungselemente, ... und eben nicht: weiter wie bisher am Vormittag und möglichst kostengünstige Betreuung am Nachmittag.**

2. Partizipation

Um Gehör in einer zunehmend alternden Gesellschaft zu finden, müssen Kinder und Jugendliche Zugang zu kinder- und jugendgemäßen Beteiligungsangeboten haben. Als kleiner werdende gesellschaftliche Gruppe drohen ihre Interessen ansonsten völlig übersehen zu werden. Zugleich müssen sie auch die Chance haben, sich in diesem Bereich zu erproben und ausreichend ausgebildet zu werden.

Jugendverbänden fällt dabei eine wichtige Rolle zu, sie bieten innerverbandliche Mitbestimmungsmöglichkeiten und entsprechende Lernräume und vertreten die Interessen der jungen Menschen in der Öffentlichkeit. Dies alleine genügt jedoch nicht. Junge Menschen haben große Lust, sich einzubringen. Sie wünschen sich jugendgerechte Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte. Wie z.B. das „neXTvote“-Online-Voting gezeigt hat, ist dies bislang nur unzureichend der Fall.

Unsere Forderungen zum Bereich Partizipation sind daher:

- **Die Stimme der jüngeren Generation muss deutlich höher gewichtet und ihr Einfluss muss gestärkt werden.**

- Absenkung des Wahlalters für alle demokratischen Wahlen (nicht nur 16, nicht nur bei Kommunalwahlen)
- Politische Bildung muss in den Schulen und in der außerschulischen Jugendbildung forciert und ausgebaut werden, um u.a. auch den Verlust der Nds. Landeszentrale für politische Bildung zu kompensieren und der Politik im weitesten Sinne wieder ein positives Image zu verschaffen.
- Auf lokaler und regionaler Ebene muss die Entwicklung von geeigneten jugendgerechten Methoden weiter gefördert werden (z.B. Spielplatzleitplanung, Jugendforen, ...).
- Die Jugendhilfeausschüsse auf kommunaler Ebene müssen erhalten und in ihrer Mitwirkungsqualität weiterentwickelt werden; auf der Landesebene muss es gleichwertige Mitbestimmungselemente geben.

3. Geschlechtergerechtigkeit

Ogleich seit Jahrzehnten dafür gekämpft und gestritten wird: Bis zum Erreichen der tatsächlichen Geschlechtergerechtigkeit ist es noch ein weiter Weg. Jugendverbände haben mit ihren Erfahrungen in Mädchen-, Jungen- und geschlechterreflexiver Jugendarbeit sicherlich schon viel bewegt. Auch das Prinzip Gender Mainstreaming findet an vielen Stellen Anwendung.

Getan werden muss noch einiges:

- Gender Mainstreaming muss als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern anerkannt und angewandt werden.
- Bis eine tatsächliche Chancengleichheit erreicht ist, bedarf es auch der geschlechtsspezifischen Betrachtung aller gesellschaftlichen Aufgabenbereiche.
- Die unterschiedliche Bewertung von so genannten Frauen- und Männerberufen muss abgebaut werden, ebenso die unterschiedliche Bezahlung bei gleichwertiger Qualifikation.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, auch in Leitungspositionen, verstärkt zu fördern.
- Geschlechtsspezifische Jugendarbeit muss genau wie geschlechterreflexive Jugendarbeit gefördert werden.

4. Ehrenamtliches Engagement

Im ehrenamtlichen Engagement steckt der Schlüssel zu einer solidarischen Gesellschaft. Jugendverbände und Jugendringe bieten zahlreiche Möglichkeiten für junge Menschen, Kompetenzen zu erlernen, zu erproben und einzubringen: ob als Teamer-in, Workshopleiter-in, Gruppenleiter-in, Vorsitzende/r, ...

Mit über 50.000 ausgestellten Cards für Jugendleiter-innen (Juleica) ist Niedersachsen bundesweit mit deutlichem Abstand führend. Damit gewährleistet die Jugendarbeit und insbesondere die Jugendverbandsarbeit in Niedersachsen eine breite Qualifizierung und einen hohen Qualitätsstandard. Dies wird auch durch die Ergebnisse der Jugendhilfestatistik 2004 untermauert: In Niedersachsen stehen weniger Einrichtungen der Jugendarbeit und weniger hauptamtliches Personal als im Bundesdurchschnitt zur Verfügung und muss durch ehrenamtliches Engagement kompensiert werden. Dies verdeutlicht die hohe Relevanz der ehrenamtlichen Jugendleiter-innen für die Aufrechterhaltung eines jugendgerechten nichtkommerziellen Angebots und der informellen und nonformalen Bildung der Jugendarbeit.

Diese Strukturen müssen erhalten, nachhaltig gesichert und ausgebaut werden; es ist daher notwendig, dass:

- die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen der Jugendarbeit in Niedersachsen erhalten und qualifiziert werden. Hauptamtliche Mitarbeiter-innen sind zur Unterstützung der Jugendleiter-innen und zur Gewährleistung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen unverzichtbar.
- das Jugendförderungsgesetz auf Landesebene auch in Zukunft als eine gesicherte Grundlage für die Träger der Jugendarbeit gelten kann.
- die landesweite Förderung in vollem Umfang beibehalten und durch einen Innovationspool ergänzt wird.
- eine landesweite Steuerung der Jugendarbeit und -hilfe unter Sicherung der Fachlichkeit auch zukünftig gewährleistet wird.

5. Regionale demographische Entwicklung

Insbesondere von jungen Menschen wird erwartet, dass sie mobil und bereit sind, für einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz umzuziehen. Dies bringt insbesondere in den Regionen mit einem schwachen Arbeitsmarkt starke Abwanderungen mit sich. Diese Abwanderungen führen wiederum zu einzelnen überalterten Regionen (z.B. der Harz) und zu anderen regionalen Bereichen mit vergleichsweise hohen Anteilen junger Menschen (z.B. Emsland). In den überalterten Regionen droht den Angeboten für junge Menschen daher das Aus: Kommerzielle Angebote lassen sich nicht mehr wirtschaftlich betreiben und Kommunen prüfen die Reduzierung von Angeboten für junge Menschen. Dadurch wiederum wird die Region für die Familiengründung oder den Zuzug junger Familien weniger attraktiv - die Abwärtsspirale setzt sich immer weiter fort.

Auch für die überwiegend ehrenamtlich getragene Arbeit der Jugendverbände und Jugendgruppen ist diese Entwicklung problematisch: Junge Menschen verlassen mit Anfang 20 die Region und fehlen dort mit ihrem Engagement der Jugendarbeit. Die Engagementsdauer und damit die Kontinuität der Angebote nimmt ab, das Durchschnittsalter der Engagierten geht zurück und junge Menschen werden früher in die Lücke und in die Verantwortung gedrängt. Gleichzeitig fehlen junge Menschen, die sich in übergreifenden Gremien (Kreisverbände, Regionalverbände, Jugendringe) engagieren, da dies traditionell Aufgaben sind, die übernommen wurden, nachdem sie zunächst in der Jugendgruppe oder in Basisaktivitäten engagiert waren.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

- In den überalterten Regionen muss es ein breites, öffentlich gefördertes, Freizeit- und Bildungsangebot für junge Menschen geben. Für Jugendarbeit muss nicht weniger, sondern mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Hierzu sind ggf. Ausgleichsfonds anzupassen.
- Um jüngeren Menschen Hilfestellungen bei ihrem Engagement zu bieten, die immer schwierigere Aufgabe bewältigbar zu machen, und um die regionale und überregionale Vernetzung der Jugendarbeit und eine Kontinuität zu gewährleisten, muss die hauptamtliche Unterstützung für Jugendverbände und Jugendringe ausgebaut und stärker öffentlich gefördert werden. Die Bedingungen erfordern verstärkte Anstrengungen der „Raumausstattung“ und personalen Unterstützung und keinesfalls weniger.

6. Bevölkerungsentwicklung und Jugendarbeit

Der Vollständigkeit halber soll hier auch kurz die auf die zahlenmäßige Entwicklung unserer potentiellen Zielgruppe eingegangen werden. Während etwa die Gruppe der Kindergartenkinder bis 2012 einen Rückgang um 25% zu erwarten hat, nimmt die Zahl der Jugendlichen von 14 - 21

Jahren in den nächsten Jahren weiter zu. Die Gruppe der 14- bis unter 21-jährigen, die als zentrale Altersgruppe der Jugendarbeit gelten kann, wird zunächst noch ansteigen. So werden 2007 im Vergleich zu 2002 etwa 5% mehr Jugendliche in Niedersachsen leben um in den darauffolgenden Jahren sukzessive wieder auf den Stand von 2002 zurückzugehen. Die Zahl der 21- bis 27-jährigen wird bis 2012 um 6% ggü. der Zahl von 2002 steigen. Wir haben es also auch zahlenmäßig in den nächsten Jahren in der Jugendarbeit mit Zuwächsen zu tun.

7. Soziale Sicherung

Jugendverbände und Jugendringe in Niedersachsen sehen bei aller Notwendigkeit der finanziellen und strukturellen Absicherung ihres Arbeitsfeldes eine wichtige Aufgabe darin, sich in zentralen gesellschaftlichen Fragen zu engagieren. Eine dieser zentralen Aufgaben ist die Bewahrung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vor der Einkommensarmut. In kaum einem anderen Land sind die Chancen eines Kindes im späteren Leben so stark vom Einkommen der Eltern abhängig wie in Deutschland. Hier gilt es, anzusetzen und die Spirale zu durchbrechen.

Die Jugendverbände und Jugendringe fordern daher

- **die Einführung einer materiellen Grundsicherung**
 - für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr,
 - für Erwachsene, die sich in Familienarbeit, ehrenamtlicher Arbeit, lebenslangem Lernen und Erwerbsarbeit engagieren und
 - für ältere Menschen, die sich in ihrem aktiven Arbeitsleben ebenfalls in Ehrenamt, Familie und lebenslangem Leben eingebracht haben.

8. Verteilung der finanziellen Belastungen

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die Kosten für den Lebensstandard der letzten Jahrzehnte werden daher nicht von den Nutznießern der Schulden getragen, sondern den nachfolgenden Generationen aufgebürdet. Für die junge Generation ergeben sich daraus zahlreiche finanzielle Auswirkungen:

- Abbau von öffentlichen Leistungen bzw. steigende Gebühren
- Steigende Abgaben (Steuern, Sozialversicherungen,...) für Privatpersonen
- Druck der privaten Absicherung (Privatrente, Zusatz-Krankenversicherungen,...) nimmt zu

Gleichzeitig werden die Zugänge zur Bildung - ein wesentlicher Faktor, um ein eigenständiges Einkommen erzielen zu können - mit neuen Hindernissen versehen.

Als Interessenvertretung der jungen Menschen fordern wir daher:

- Die Zukunftschancen der jungen Generation - und damit der Gesellschaft - dürfen nicht zu Gunsten der Sanierung öffentlicher Haushalte belastet werden.

Worte eines Jugendlichen: »Was nützt mir das heutige Sparen für die Situation in 30 Jahren, wenn ich heute keinen Ausbildungsplatz habe.«

Resümee

Erhard Eppler beim Politikkongress am 22.11.2006 in Berlin:

»Früher hatten wir alle das Gefühl es geht aufwärts, und gestritten wurde darüber, wie es am besten aufwärts geht. Heute haben viele Menschen das Gefühl, es geht eigentlich abwärts. D.h. meine Kinder werden es nicht besser haben als ich, sondern sie werden es schlechter haben als ich.«

Als Interessenvertretung der jungen Menschen kommen wir zu dem Schluss:

- Demographischer Wandel bietet keine mathematischen Lösungen. Er muss vielmehr mit der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung und den Lebenslagen der Menschen in Verbindung gebracht und mitgedacht werden. Nur dann ist es möglich, eine zukunftsgerechte Politik im Interesse der nachwachsenden Generation und damit unserer Gesellschaft zu entwickeln.
- Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt davon ab, inwieweit es gelingt, die Zukunftschancen der jungen Generation zu verbessern. Dieses Ziel ist nicht dadurch zu erreichen, dass Sparen, wie heute allzu oft üblich, zulasten der jungen Generation stattfindet. Im Gegenteil ist es vielmehr nötig, den gesellschaftlichen Besitz deutlich stärker zugunsten der jungen Generation einzusetzen und ggf. entsprechend umzuverteilen.
- Unsere Gesellschaft ist nur dann perspektiv- und überlebensfähig, wenn die soziale Balance nachhaltig gesichert und das Verhältnis zwischen Arm und Reich wieder angemessen hergestellt werden kann.

landesjugendring niedersachsen e.v.
Hannover, 30.11.2006